

Bürgermeister
Dirk Breuer
Friedrich-Ebert-Straße 40
50354 Hürth

Freie Demokratische Partei
im Rat der Stadt Hürth

Dr. Christian Karaus
Mitglied im Rat der Stadt Hürth

Friedrich-Ebert-Str. 40
50354 Hürth

christian.karaus@fdp-huerth.de
www.fdp-huerth.de

Betreff: Anträge der FDP zum Haushaltsentwurf 2026

Hürth, den 23. Januar 2026

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit stelle ich für die FDP folgende Anträge zum Haushaltsentwurf 2026. Bedingt durch die fehlende Fraktionsstärke bitte ich darum, die Anträge dem Rat in seiner Sitzung vom 10.2. 2026 zur Entscheidung vorzulegen:

- 1) *Pauschale Kürzung aller Ausgaben, zu denen die Stadt nicht gesetzlich verpflichtet ist, um 3%.*
Der Ergebnisplan iHv 261 Mio. Euro kann nur ausgeglichen werden durch Entnahme von 16 Mio. Euro aus der Ausgleichsrücklage. Mittelfristig, so die Prognose der Verwaltung, wird diese bis auf einen kleinen Rest aufgezehrt sein, das Eigenkapital der Stadt sinkt entsprechend. Will man dem entgegen, ist konsequentes Sparen angesagt, das auch nicht an den freiwilligen Leistungen halt machen kann.
- 2) *Überprüfung der wirtschaftlichen Sinnhaftigkeit aller hoheitlichen Aufgaben, die durch die Stadtwerke erbracht werden (10.000.- Euro).*
Die Verlustabdeckung der Stadt für die Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben durch die Stadtwerke klettert jedes Jahr um einen beträchtlichen Teil. Mit der Einführung der doppelten Buchführung agiert auch die Stadt nach kaufmännischen Gesichtspunkten. Es sollte einmal unter diesem Aspekt geprüft werden, wo konkret immer noch der Nutzen für die Stadt liegt, dass viele hoheitliche Aufgaben von den Stadtwerken erbracht werden und anschließend der Stadt in Rechnung gestellt werden, ohne dass eine größere Transparenz vorliegt und viele Ratsmitglieder nur eingeschränkt ihrer Kontrollpflicht nachkommen können, weil sie nicht Mitglied im Verwaltungsrat sind.
- 3) *Anschaffung von Hardware in der Bücherei zum elektronischen Lesen der Zeitschriften (7.500.- Euro)*
In unserer Stadtbücherei liegen täglich Belegexemplare verschiedener Zeitschriften zum Lesen und Informieren aus. Wir bewegen uns hier immer noch im analogen Zeitalter. Andere Büchereien sind hier schon weiter. Hier wird an den Lesestühlen eine Hardware vorgehalten, die dem Nutzer das Lesen in digitaler Form ermöglicht. Das spart der Bücherei nicht nur Geld beim Bezug der Zeitungen, es reduziert auch vorzuhaltende Flächen in Regalen und ist nachhaltiger (weniger Papierverbrauch)

4) *Überprüfung der Einrichtung einer flex-Gebühr in De Bütt für die Sauna (5000.- Euro)*

In de Bütt wurde vor kurzem erst ein aufwändiges neues Kassensystem installiert. Es sollte aus Sicht der FDP geprüft werden, ob mit Hilfe dieses neuen Systems nicht auch das starre Gebührensystem in der Sauna kundenfreundlicher gestaltet werden kann. So bietet z.B. die Euskirchen-Therme die Möglichkeit an, Zeitfenster zu buchen, die je nach Auslastung unterschiedlich teuer sind. Das hätte für de Bütt den Vorteil, auch in schwächeren Zeiten attraktive Angebote vorzuhalten und so eine bessere Auslastung zu erreichen; auch für den Kunden wäre es ein Vorteil, zu wissen, wann er bei geringerem Andrang zu besseren Konditionen die Anlage besuchen könnte. Der aktuelle Abendtarif geht in die richtige Richtung, ist aber auch starr, ohne Frequenzströme konkret zu berücksichtigen.

5) *Bestandsaufnahme nicht genutzter Wohnungen und Häuser in Hürth und Erarbeitung eines Konzepts zur Beratung (8000.- Euro)*

Es ist der FDP aufgefallen, dass in Hürth aus unterschiedlichen Gründen Häuser und Wohnungen frei stehen und keiner Folgenutzung zugeführt werden. Das ist gerade bei dem angespannten Wohnungsmarkt, der auch in Hürth anzutreffen ist, so eigentlich nicht hinzunehmen. Die Eigentümer werden möglicherweise ihre Gründe haben, vor allem bei unerwarteten Erbfällen. Hier wäre es aber hilfreich, über die Stadt ein Beratungsangebot vorzuhalten, das die Entscheidungsfindung der Eigentümer erleichtert. Hierfür müsste zunächst ein Konzept erarbeitet werden.

6) *Prüfung der Einführung der Arbeitspflicht für Asylbewerber (5000.- Euro)*

Die Stadt Hürth hatte es vor langer Zeit schon einmal mit Erfolg praktiziert: die Verpflichtung von Asylbewerbern zu gemeinnütziger Arbeit. Seitdem hört man nichts mehr davon. Andere Kommunen (z.B. Salzgitter) nutzen die Möglichkeit wieder, auch Kommunen in Thüringen praktizieren dies bereits mit Erfolg. Wer eine Tätigkeit ohne Begründung ablehnt, erhält weniger Unterstützung. Andererseits können die, die eine Arbeit aufnehmen, sich etwas dazuverdienen, anderen bietet sich die Möglichkeit einer regulären Anstellung. Hier sollte die Stadt in Zusammenwirken mit dem Kreis ein Konzept entwickeln.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Christian Karaus

(Ratsmitglied der FDP)